Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Vierteljährig Mk. 2.—, Halbjährig Mk. 4.—, Ganzj. Mk. 8.—. Einzelnummer 20 Pf. — Verlag, Auslieferung u. Schriftleitung d. „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 60 Pf. — Bei Wiederhol. Rabatt. — Anzeigenannahme: Verlag des „Jüd. Echo", München, Herzog Maxstr. 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Ausgabe A — Nr. 11 / 12. März 1920 — 7. Jahrgang





1920 Wochenkalender 5680

	März	Adar	Bemerkung
Sonntag	14	24	
Montag	15	25	
Dienstag	16	26	
Mittwoch	17	27	
Donnerstag	18	28	י״כ קטן
Freitag	19	29	
		Nissan	
Samstag	20	1	ראש חדש

Das Jüdische Echo

Nummer 11 | 12. März 1920 | 7. Jahrgang

Gesamtorganisation der deutschen Juden

Die Anteilnahme am jüdischen Leben ist in Deutschland gering. Beinahe könnte man sagen, daß es keine jüdische Öffentlichkeit in Deutschland gibt. Die Beteiligungsziffer an Gemeindewahlen, die lebendige Anteilnahme an den Fragen der jüdischen Welt, das Interesse für jüdische Parteien und Organisationen ist im allgemeinen beschämend schwach; von der Existenz etwa des Verbandes der deutschen Juden oder des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes hat nur eine geringe Minderheit überhaupt eine Ahnung.

Ein Grund für diese bedauerlichen Tatsachen war ohne Zweifel die Anarchie, die bisher auf jüdischem Gebiet in Deutschland herrschte. Der deutsche Partikularismus erstreckte sich auch auf jüdische Angelegenheiten und die Unmöglichkeit eines separaten preußischen, bayerischen, württembergischen, badischen oder Lippe-Detmoldschen Judentums, von denen jedes sich seiner Besonderheit stolz bewußt war, fand ihre Rechtfertigung durch die verschiedenartige Organisation bezw. Desorganisation dieser „Judentümer". Denn beinahe in jedem Bundesstaate lagen die Verhältnisse anders: Während Württemberg, Baden, Mecklenburg, Oldenburg und Lippe-Detmold Landesverbände der dortigen Judenheiten besaßen, gab es z. B. in Preußen, Bayern, Sachsen und anderen Staaten nur von einander unabhängige Judengemeinden, die in seltenen Tagungen sich einer schwachen Verbundenheit bewußt wurden.

Ein solches System mußte sehr ungünstige Folgen haben: einmal war es geeignet jede Art lokale Reaktion zu stärken, da es die Ausbildung eines Parteiwesens auf gesunder geistiger Grundlage aufs Äußerste erschwerte, dann aber verhinderte oder behinderte es wenigstens jede erfolgreiche Tätigkeit dort, wo nur gemeinsame Anspannung aller jüdischen Kräfte zum Ziele führen konnte. So erklärt sich z. B. die Unwirksamkeit der jüdischen sozialen Arbeit, die bei dem ausgesprochenen Sinn der Juden für soziale Zusammenhänge, bei der großen Opferwilligkeit weiter jüdischer Kreise an sich wundernehmen mußte. So erklärt sich der Tiefstand des jüdischen Schulwesens, die schlechte Besoldung der Lehrer, der Mangel eines jüdischen Unterrichtssystems — alles Dinge, von denen die Existenz der deutschen Judenheit abhängt, und die doch häufig den Schultern leistungsschwacher Kultusgemeinden aufgebürdet waren.

Art. 137 der neuen Reichsverfassung gibt nun endlich die Möglichkeit, eine Gesamtorganisation der deutschen Juden mit den Befugnissen einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zu schaffen. Das macht den Weg zu gesunden Verhältnissen frei. Denn es ist klar, daß eine derartige Repräsentanz der deutschen Gesamtjudenheit und ihre legitimierte Vertretung, ein deutsches Judenparlament, weit eher der Anteilnahme aller gewiß sein könnte, als die Gemeindeversammlung irgend einer beliebigen Stadt mit noch so großer jüdischer Bevölkerung.

Voraussetzung ist freilich, daß die neue Organisation auf wirklich demokratischer Grundlage aufgebaut werde. Alle Richtungen im modernen Judentum müßten den stärksten Anreiz erhalten an der allgemeinen Sache mitzuarbeiten. Ein Zwang zur Beteiligung besteht nach der Verfassung nicht; ein Schisma, eine neue Zersplitterung der Kräfte ist also möglich, ja von gewissen Teilen der Orthodoxie beabsichtigt und bereits vorbereitet. Soll, wie der Verfassungsentwurf der Gesamtorganisation es will, der Zweck derselben u. a. die Hebung des religiösen Lebens unter Wahrung der Selbstbestimmung der Gemeinden sein, so muß die Gesamtorganisation als solche von vornherein als gescheitert gelten — die Agudas Jisroel und die ihr nahestehenden Gemeinden machen bestimmt nicht mit. Daran ändert die Begründung des Entwurfes nichts, wenn auch darin ausgeführt wird:

„Es läßt sich wohl der Fall denken, daß eine national-jüdische Organisation sich religiösen Fragen gegenüber neutral erklärt. Ein jüdischer Religionsverband aber, der das Gleiche tut, und das religiöse Moment aus dem Kreise seiner Aufgaben ausscheidet, ist ein Widerspruch in sich selbst und negiert sein eigenes Wesen. Es muß deshalb die Pflege des religiösen Lebens in den Aufgabenkreis des Bundes einbezogen werden. Auf der anderen Seite aber müssen Sicherheiten dafür geschaffen werden, daß religiöse Zwistigkeiten vermieden werden und daß jede Majorisierung einer religiösen Minderheit unbedingt ausgeschlossen ist.

Dieser doppelten Forderung trägt der Entwurf Rechnung, indem er unter den Zwecken des Bundes, und zwar an erster Stelle, die Hebung des religiösen Lebens aufführt, gleichzeitig aber vorsieht, daß die den Kultus, sowie den Religionsunterricht betreffenden Angelegenheiten nicht gemeinsam behandelt, sondern für jede religiöse Richtung, soweit sich hierfür eine Notwendigkeit herausgestellt, besondere Ausschüsse gebildet werden. So sollen unter dem weiten Dache des Bundes alle Richtungen eine Heimat finden. Jede soll des Segens teilhaftig werden, der in dem Zusammenschluß gleichstrebender Kräfte für die Förderung gemeinsamer Aufgaben liegt. Jede aber gleichzeitig die bedingungslose Sicherheit haben, daß sie sich frei und unbeeinträchtigt, ohne Reibungen und ohne die Notwendigkeit hemmender Rücksichtnahme, geschützt gegen die Majorisierung und jeden Eingriff von außen her, nach ihren eigenen Gesetzen und Notwendigkeiten entwickeln kann."

Es ist kaum anzunehmen, daß die jüdische „Ecclesia militans" durch Zustimmung zu einer solchen Regelung indirekt die liberale Richtung im Judentum als gleichberechtigt anerkennen wird. —

Wer vielmehr wünscht, daß „der Bund seinen Zweck, alle Kräfte im deutschen Judentum zur Pflege seiner gesamten Interessen zusammen zu fassen", erfülle, der wird die heikelste, die religiöse Streitfrage aus seinem Bereiche ausschalten und die Pflege des religiösen Lebens den Einzelgemeinden überlassen. Politische und soziale Aufgaben, Jugendpflege, Arbeitsvermittlung und

zu sein — unter Berücksichtigung der gerechtfertigten Ansprüche und Interessen der in Ursprung und in Religion verschiedenen Völkerschaften, welche die Geschichte in Vorderasien vereinigt und vermischt hat — wird die Unterstützung Frankreichs genießen."

In der 5. Sitzung wurde die Generaldebatte geschlossen. Wir bringen das Schlußwort Weizmanns im Auszuge zum Abdruck:

Er geht davon aus, daß es, wenn es sich um das Endziel handelt, falsch ist, eine Differenz zwischen politischen und nichtpolitischen Zionismus zu machen. Der Unterschied kann nur darin gefunden werden, daß die Methode, die die sogenannten „politischen" Zionisten verfochten, unzulänglich und einseitig war. Deshalb wurde ihnen eine Anschauung entgegengesetzt, die Dr. Weizmann selbst auf dem Haager Kongreß den synthetischen Zionismus genannt hat. Und dieser Zionismus hat durch die Erfahrungen und Erfolge seine glänzendste Rechtfertigung gefunden. Wenn die kolonisatorische Position in Palästina stärker gewesen wäre, so wären die politischen Erfolge und Sicherheiten noch viel größer. Im Sinne dieses synthetischen Zionismus müssen wir nun an die konstruktive Arbeit herangehen. Sie ist der Grundstein der ganzen Zukunft. Dr. Weizmann schildert an zahlreichen Beispielen den Einfluß und die Macht, die die zionistische Organisation sich errungen hat. Er unterrichtet auch über die Art der Beziehungen zu der englischen Politik und zum englischen Volk, ebenso unterstreicht er, welchen Wert die Leitung auf die Forderung des Zionismus durch die sozialistische Bewegung legt. Die Rede Dr. Weizmanns, der zum Schluß darauf hinweist, daß unser Werk nur gelingen kann, wenn alle Zionisten sich bewußt sind, welche Verantwortung auf ihnen liegt, und wenn sie mit geeigneten Kräften für das gemeinsame Ziel arbeiten, übte einen gewaltigen Eindruck auf die ganze Versammlung. Der stürmische Beifall verdoppelte sich, als die Herren Jean Fischer und Dr. Marmorek, deren Kritik den Eindruck einer gewissen Unzufriedenheit hervorgerufen hatte, sich spontan erhoben, auf Dr. Weizmann zutraten und ihm herzlichst die Hand reichten.

Die Sitzung vom 15. Februar war den Fragen des Technikums und der Universität gewidmet. Prof. Weizmann legte in seinem Referat die Geschichte der Universitätsangelegenheit dar. Die volle Universität bedarf großer Vorbereitungen. Auf der einen Seite muß ein würdiger Bau aufgeführt werden, auf der anderen Seite das Menschenmaterial vorbereitet werden. Nur eine Universität, die durch und durch hebräisch ist, kommt heute in Frage. Der Hebraismus ist heute eine politische Notwendigkeit. Dennoch muß ein Übergangsstadium geschaffen werden, während dessen wir die Baulichkeiten, die Lehrbücher und die Menschen vorbereiten. Derzeit befindet sich auf dem Skopusberge ein Gebäude, welches für die Aufnahme eines Kerns der Universität geeignet ist. Dr. Weizmann schlägt daher vor, daß die Universität mit Forschungsinstituten eröffnet wird, welche den Bedürfnissen des Landes dienen und in diesem einen Hause zunächst untergebracht werden können. Als solche schlägt er vor, ein physikalisches, ein chemisches und ein mikrobiologisches Institut, sowie für die humanistischen Fächer ein hebräisches Institut, das allmählich zu einem Institut für Orientalistik ausgebaut werden könnte. Diese Institute hätten die Resultate ihrer Forschungen in wissenschaftlichen Publikationen hebräisch und in einer anderen Sprache zu veröffentlichen.

Das Technikum in Haifa muß nach dem Programme eingerichtet und eröffnet werden, das vor dem Kriege vorgesehen war. Es muß eine Ingenieurschule sein. Er berichtete, daß das Technikum von Herrn Jakob Schiff für die zionistische Organisation angekauft worden ist und daß zu hoffen steht, daß Herr Jakob Schiff sich auch weiter für das Technikum interessieren wird.

In der Sitzung am 16. Februar begann die Palästinadebatte, eingeleitet durch ein ausführliches Referat des Herrn Julius Simon, welcher den vom Palästinadepartement entworfenen Kolonisationsplan ausführte, inbesondere soweit es sich um die Schaffung der Finanzinstrumente handelt, welche die Kolonisation durchzuführen haben werden.

Das Referat des Herrn Simon wurde durch Herrn Dr. Ruppin ergänzt. Es ist selbstverständlich eine definitive Gestaltung der Pläne erst nach gründlicher Rücksprache mit den amerikanischen Zionisten möglich. Dr. Ruppin schlug im besonderen die Gründung einer großen Häuserbaugenossenschaft, ferner die Gründung einer großen Pflanzungsgesellschaft vor. Herr Boris Goldberg sprach hierauf über die Bedeutung der Privatinitiative beim Aufbau des jüdischen Palästina. Dr. Weizmann griff mit längeren Ausführungen in die Debatte ein, in welchen er ausführte, daß es selbstverständlich notwendig sein werde, an das jüdische Volk heranzutreten und ihm klar und deutlich zu sagen, daß es die ihm gebotene Gelegenheit des Aufbaus seines nationalen Heims nur durch eine gewaltige Opferwilligkeit ausnützen könne. Dr. Weizmann ist sicher, daß die Begeisterung vorhanden sein wird, welche für eine derartige Aktion notwendig ist. In dem Mittelpunkte derselben wird der Jüdische Nationalfonds gestellt werden müssen, dessen Möglichkeiten bisher auch nicht annähernd ausgenutzt worden sind. Herr Podlischewski erklärte, daß die Privatinitiative nicht auf genügende Erfolge hinweisen könne, und daß jedenfalls das Prinzip, die Privatinitiative zu kontrollieren, nicht gelockert werden dürfe.

Die Palästinadebatte wurde Dienstag, 17. Februar, vormittags, fortgesetzt. Herr Goldberg sprach mit Rücksicht auf die Bedeutung der amerikanischen Judenschaft für das Palästinawerk über die amerikanischen Verhältnisse und speziell über die Stellung der nichtzionistischen Kreise. Herr Sprinzak betonte, daß mit der realen Arbeit sofort begonnen werden muß. Der Häuserbau dürfe nicht der Privatinitiative anvertraut werden. Der jüdische Grund und Boden muß dem Jüdischen Nationalfonds gehören. Der Ausbildung der selbstarbeitenden Bauern, resp. der jüdischen Landarbeiterschaft muß die größte Unterstützung gewährt werden, da von ihnen das nationale Werk abhängt.

Herr Naiditsch unterbreitet der Sitzung einen Vorschlag zwecks Finanzierung der Immigration. Er schlägt vor, an tausend Personen heranzutreten und sie zur Zahlung von je 1000 Pfd. St. jährlich auf 10 Jahre einzuladen. Dies würde einen Betrag von 10 Millionen ergeben. Weitere 20 Millionen wären von 2000 resp. 10 000 Personen in Raten von je 500 oder 100 Pfd. aufzubringen. Auf diese Weise ließe sich die Finanzierung der Immigration sichern. Redner ist der Ansicht, daß nicht nur in England und Amerika an das Publikum heranzutreten ist.

Die Palästinadebatte wurde am Dienstag, den 17. Februar abends zunächst durch Herrn Shire fortgesetzt, welcher eine großzügige Finanzierung verlangt. Nachdem noch Herr Florentin für die Juden Griechenlands und Herr Schönfeld für den Misrachi gesprochen hat, hält Dr. Weizmann eine mit dem größten Beifall der Sitzung aufgenommene Rede, in welcher er Bericht über die Zionist Commission und die Lage in Palästina gibt. Er schildert ausführlich, wie sich die Beziehungen der Zionist Commission zu der englischen Verwaltung und der arabischen Bevölkerung gestaltet haben und zeigt, welche außerordentliche Fortschritte in dieser Beziehung gemacht worden sind. Hierauf betont Dr. Weizmann die außerordentliche Bedeutung der Schiedsgerichte, für deren Aufrechterhaltung, Entwicklung und Anerkennung auch in Zukunft mit aller Kraft wird eingetreten werden müssen. Das gleiche gilt für die einheitliche Organisierung des palästinensischen Judentums auf demokratischer Basis. Bei dieser Gelegenheit erwähnt Dr. Weizmann, daß die Zionist Commission in der Frage des Frauenwahlrechts einen vollständig kompromißlosen prinzipiellen Standpunkt einnimmt und einnehmen muß, da nur dieser Standpunkt den Grundsätzen der Zionistischen Organisation entspricht, an deren Kongressen immer Frauen teilgenommen haben, ohne daß dies den Misrachi jemals gestört hätte. Hierauf sprach der Redner in sehr ausführlicher Weise über die Arbeiterfrage in Palästina. Wenn dem jüdischen Arbeiter Tradition und Disziplin und die volle organische Verbindung mit der Arbeit noch fehlen, so steht doch fest, daß es der jüdische Arbeiter ist, in welchem das Maximum des konstruktiven Idealismus lebt, ohne welchen der Aufbau eines jüdischen Palästina unmöglich ist. Dieser Idealismus muß voll ausgenützt werden. Er kann aber nur zur Auslösung kommen, wenn der jüdische Arbeiter weiß, daß er für sein Volk, für die ganze Nation arbeitet, nicht für irgendwelche Privatinteressen. Deshalb ist Dr. Weizmann für die Nationalisierung des Bodens. Um dem Arbeiter die Möglichkeit der Existenz zu schaffen, müssen ihm die besten technischen Arbeitsbedingungen geschaffen werden. In den Kwuzoth sieht Dr. Weizmann die Keimzellen der ganzen kommenden Siedlung, da in ihnen wirklich nur jüdische Arbeit geleistet wird und sie Bollwerke der hebräischen Sprache, des hebräischen Geistes und des reinsten Indealismus sind. Allerdings sind sie bisher niemals unter Bedingungen gestellt worden, die als normale zu betrachten sind. Überdies dürften die Kwuzoth für die Zukunft nur ein Durchgangsstadium darstellen, indem sich aus ihnen heraus die selbstarbeitenden Kleinsiedler loslösen und entwickeln werden.

(Fortsetzung folgt.)

Churchill über den Zionismus

Der „Sunday Herald“ brachte am 8. Februar einen ausführlichen Artikel des augenblicklichen englischen Kriegsministers Winston Churchill unter der Überschrift: „Zionismus gegen Bolschewismus, ein Kampf um die Seele des jüdischen Volkes.“ Der vier Spalten lange Aufsatz hat großes Aufsehen in der ganzen englischen Öffentlichkeit erregt. Churchill bringt einleitend den Gedanken zum Ausdruck, daß vielleicht in keinem Volke der Welt sich so ausgesprochene Gegensätze finden, wie im jüdischen. Churchill unterscheidet dann drei Gruppen von Juden: Diejenigen, die sich vollständig als Bürger des Landes geben, in dem sie leben, die international-kommunistisch gesinnten Juden und die Zionisten. Die Angehörigen der zweiten Gruppe spielten eine große Rolle im russischen Bolschewismus. Bei der Besprechung der Nationaljuden weist der Minister darauf hin, daß die Nationaljuden im Kriege sich als gute Bürger ihres Landes bewiesen haben und fährt dann folgendermaßen fort:

„Der Zionismus hat eine tiefe Bedeutung für die ganze Welt im gegenwärtigen Augenblick. Er gibt den Juden eine nationale Idee von überwältigender Eigenart. Der britischen Regierung ist als Resultat der Eroberung von Palästina die Aufgabe zugefallen, der über die ganze Welt zerstreuten jüdischen Rasse eine Heimat und ein Zentrum ihres nationalen Lebens zu schaffen und zu sichern. Der staatsmännische Blick und das historische Gefühl Balfours ergriffen bereitwillig diese Gelegenheit. Erklärungen sind abgegeben worden, die die Politik Großbritanniens unwiderruflich gebunden haben. Die tatkräftige Energie Dr. Weizmanns, des zionistischen Führers, zu praktischer Durchführung der zionistischen Wünsche, gefördert von vielen hervorragenden britischen Juden und gestützt von der vollen Autorität Lord Allenbys, sind darauf gerichtet, den Erfolg dieser Bewegung zu vollenden. Freilich ist Palästina zu klein, um für mehr als einen Teil der jüdischen Rasse geeignet zu sein, noch wünscht die Mehrheit der nationalen Juden dorthin zu gehen (? Die Redaktion). Wenn aber, wie es hoffentlich geschehen wird, noch in unseren Lebenstagen an den Ufern des Jordan ein jüdischer Staat unter dem Protektorat der britischen Krone entstehen wird, der vielleicht 3—4 Millionen Juden umfaßt, dann wäre in der Weltgeschichte ein Ereignis Tatsache geworden, welches von jedem Gesichtspunkte aus eine Wohltat sein würde und in vollem Einvernehmen mit den Interessen des britischen Reiches liegen würde.“

Nürnberger Brief

Das jüdische Leben in Nürnberg oder vielmehr die Beschäftigung der Nürnberger mit Juden und Judenfrage ist recht lebhaft. Wird sind schon nachgerade die Plakate des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes gewohnt, die zu Versammlungen auffordern, in denen den Juden die Schuld an allem Möglichen und Unmöglichen gegeben wird: am Tiefstand der Valuta, am Untergang des Reiches, an der Wohnungsnot. Ernster ist es schon, wenn z. B. die Metallhandwerker an den Säulen verkünden, daß „zumeist galizische Juden“ das Gold und Silber aufkaufen und daß man es lieber den Einheimischen zuwenden solle, da auch sie die höchsten Preise zahlten: Antisemitismus zu Geschäftszwecken.

Überhaupt geht die antisemitische Woge hoch. Noch scheint sie sich zwar an der Masse der organisierten Arbeiterschaft zu brechen. Die mehrheitssozialistische „Fränkische Tagespost“ berichtet unter der Überschrift „Ein böser Reinfall“ über die Versammlung einer von den Antisemiten propagierten „deutsch-sozialistischen“ Partei u. a.: „Der Saal war gefüllt von Mitgliedern der M. S. P. und U. S. P. Als Referent war der frühere, rühmlichst bekannte Kommunist Veith erschienen, der weiter nichts wollte, als eine wüste antisemitische Hetzrede vom Stapel zu lassen. Aber nur eine Viertelstunde ließen sich die anwesenden Genossen dieses grausame Spiel

bieten. Als ein Genosse die Anwesenden auffordert, das sinnlose Gerede nicht länger mit anzuhören, erhob sich die ganze Versammlung bis auf — 8 (acht) Mann und verließ demonstrativ den Saal, damit war auch die Arbeit des Referenten erledigt. Selbstverständlich fanden sich nun einige Genossen, die den Verwandlungskünstler Veith mit kräftigen Worten auf seine Vergangenheit aufmerksam machten, und daß er heute dasselbe Schauspiel wiederholen wolle, um die Arbeiterschaft noch mehr zu zersplittern. Der „Fränkische Kurier“ wird an seinem Schützling wenig Freude erleben.“

Es ist leider wahr, daß der „Fränkische Kurier“, das Organ der deutsch-demokratischen Partei in Nürnberg, dem Antisemitismus nicht ganz fern steht. Man könnte trotz aller gegenteiligen Behauptungen in kurzer Zeit dicke Stöße „antisemitischer Entgleisungen“ des „demokratischen Blattes“ sammeln. Dennoch abonnieren die Juden entweder aus Mangel an Würde oder aus Gewohnheit die Zeitung ruhig weiter und auch an jüdischen Annoncen und Familienanzeigen leidet das Blatt keinen Mangel. Die demokratische Partei, der hier, wie überall, zahlreiche Juden angehören, scheint nicht im Stande zu sein, auf die Schriftleitung im Sinne des Parteistandpunktes einzuwirken. —

Vielfach trägt Schuld daran die Tatsache, daß die hiesige Judenheit in ihrer Mehrheit den Standpunkt des abgebrauchtesten Liberalismus vertritt, daß sie also nicht imstande ist, auf nichtjüdische Kreise in wirksamer und würdiger Form einzuwirken. — Dieser Vorwurf trifft vielleicht nicht die Versammlungen über den Talmud, die hier vor einiger Zeit stattfanden und in denen neben den hiesigen Rabbinern christliche Talmudkenner referierten. Solche „Aufklärungsabende“ über bestimmte Gebiete sind immer nützlich, solange sie nicht öder und wirkungsloser Apologetik dienen. Aber die Versammlung über „Antisemitismus“, die der Vorstand der deutsch-demokratischen Partei neulich einberufen hatte, bewies, wie wenig weit man auf dem hier beliebten Wege des Vertuschens und der Leisetreterei kommt. Der christliche Referent, Herr Dr. Herbst, konnte bei allem guten Willen doch nichts Entscheidendes sagen: daß viele der antisemitischen Anschuldigungen unsinnig, daß die Judenhetze gefährlich für das deutsche Volk sei, wußte man ohnehin. Glaubt man irgendwen belehren zu können, wenn man das Problem so oberflächlich behandelt? Das, was Herr Dr. Gallinger, der Vorsitzende des Z.V. sagte, war noch unwirksamer. Und lediglich der zionistische Redner, Herr Redakteur Glaser, verstand es, die Zusammenhänge darzulegen, aus denen die Judenhetze entstehen mußte, und in der Arbeit der Juden aus sich selbst, in der Achtung aller vor der Eigenart des anderen, in der Gleichberechtigung der Juden als Juden, Mittel zu einem allmählichen Überwinden der Krise zu zeigen. — Die zionistische Ortsgruppe hatte für 2. März einen öffentlichen Vortrag über die „Neue Welle des Judenhasses“ im großen Saale des Kulturvereins anberaumt, in der Herr Redakteur Glaser ein eingehendes Referat über diese Frage halten sollte. —

Daß von jüdischen Veranstaltungen die Sammlung für den Palästina-Aufbaufonds nicht die erhofften Resultate gehabt hat, ist bedauerlich — aber aus der oben gekennzeichneten Denkungsart der hiesigen liberalen Juden leicht zu erklären. Schuld daran seien — die großen Zeitungsannoncen gewesen, die zu den Veranstaltungen der Palästinawoche einluden. Das mache Rischus, meinte man — und war froh einen Vorwand gefunden zu haben, um nichts geben zu brauchen. —

Man will eben seine Ruhe und sonst nichts. Wie dabei die Frage der jüdischen Schule, die augenblicklich hier viel besprochen wird, in positivem Sinne gelöst werden soll, steht dahin. Auch die andere wichtige Angelegenheit, die jetzt in Angriff genommen wird, ist noch nicht weit gediehen: die Einrichtung eines jüdischen Arbeitsamtes, das der Berufsumschichtung der Westjuden, ihrer Überführung zu produktiver Arbeit, z. B. in der Landwirtschaft und vor allem der Stellenvermittlung für Ostjuden dienen soll. In Berlin und anderswo haben derartige Arbeitsämter, die von allen jüdischen Organisationen unterstützt werden, viel Gutes gestiftet und sich den Dank der Behörden und die offizielle Anerkennung als Organe der öffentlichen Stellenvermittlung erworben. Man muß gespannt sein, ob man in Nürnberg ähnliches zu Stande bringen wird. —

Wir wollen unseren Bericht nicht schließen, ohne auf die verdienstvolle Tätigkeit des Herrn Dr. Deutsch in Fürth hingewiesen zu haben, der am 5. Februar sein 25. Jubiläum als Waisenhausdirektor in Fürth feierte.

Die Fürther Zeitung vom 3. Februar schreibt dazu u. a.: „Der Jubilar kann an diesem Tage auf eine an Arbeit und Erfolgen reiche Tätigkeit zurückblicken. Seine Beamtenlaufbahn begann er als Lehrer in Frankfurt a. M. Von dort kam er als Distriktsrabbiner nach Burgpreppach, wo er als Leiter der dort bestehenden Präparandenschule vielfach Gelegenheit fand, sein pädagogisches Geschick und seine organisatorische Begabung zu beweisen und sich die Anerkennung der Behörden zu erwerben. Seine im Jahre 1893 erfolgte Wahl zum Oberrabbiner von Altona in Schleswig-Holstein schlug er aus. Im Jahre 1895 wurde ihm das Amt eines Waisenhausdirektors hier übertragen. Was nun Dr. Deutsch in den

seitdem verflossenen 25 Jahren in unermüdlicher Hingebung für die Waisenanstalt geleistet hat, ist nur den vertrautesten Mitarbeitern voll bekannt und läßt sich in wenigen Worten nicht zur Darstellung bringen. Neben seiner eigentlichen Berufstätigkeit übt Dr. Deutsch durch Unterrichtserteilen, öffentliche Vorträge und Lernkurse, hervorragenden Einfluß auf Alt und Jung aus und seine Geltung innerhalb der Israelitengemeinde ist darum groß und bedeutend. Dort fördert er neben den kulturellen Einrichtungen auch alle auf Erhaltung des konfessionellen Friedens in der Bürgerschaft gerichteten Bestrebungen, wozu er oft schon auch das Wort in diesen Blättern genommen hat. In weiten Kreisen der Bürgerschaft ist er darum gekannt und geachtet." —

Auch wir wünschen Herrn Dr. Deutsch, dessen Amtsführung dem jüdischen Namen alle Ehre macht, eine weitere, erfolgreiche Tätigkeit.

Aus der jüdischen Welt

Palästina.

Die jüdische Flagge. In der „Neuen Züricher Zeitung" schildert Dr. A. B. die Einweihung der jüdischen Handelsflagge zu Jaffa:

„Am 15. Dezember, am Vorabend des Makkabäerfestes, wurde die jüdische Flagge im Jaffaer Hafen eingeweiht. Am 12. Dezember morgens erschien in der Richtung von Haifa am Horizonte unserer Stadt ein mittelgroßer Motorsegler und fuhr langsam in den Hafen ein. Es war der erste jüdisch-palästinensische Handelsschoner, über dessen Bau ich in einer früheren Notiz berichtet hatte. Während der nächsten Tage pilgerte die ganze Stadt hinaus nach dem Standort des blauweiß angestrichenen Seglers, die Wandervogelorganisationen der Schüler besuchten ihn in wohlgeordneten Gruppen; kein Jaffaer, welcher Konfession oder Nationalität er auch sei, ließ es sich trotz des strömenden Regens und dem wüsten Sturme nehmen, das erste jüdische Schiff zu besichtigen. Am 15. Dezember, als sich das Wetter besserte und der wolkenlose Himmel Meer und Land lächelnd umspannte, fand die feierliche Einweihung statt. In Anwesenheit eines zahlreichen Publikums aller Bevölkerungsschichten hißte die Patronin, Frau Major June, die Gattin des Küstenkommandanten, die Flagge. Diese besteht aus einem weißen Felde, in dessen oberer Ecke ein Winkel für die Farben der „Union Jack" reserviert ist; in der Mitte, zwischen zwei breiten tiefblauen Streifen ist ein ebenfalls blauer Davidstern angebracht, in dessen sechseckigem Felde das Wort „Zion" prangt. Auf dem blauen Streifen ist der Name des Seglers „Hechaluz" (Pionier), sowie der Stadt Jaffa als Ausgangshafen und die Jahreszahl nach hebräischer Zeitrechnung angegeben. Frau Major June hatte Tränen der Rührung in den Augen, als sie, im Augenblick, wo die neue Flagge über dem Schiff zu flattern begann, den Wunsch aussprach, dieser Tag möge den Anfang einer Ära von Frieden und glücklicher Entwicklung des Volkes Zion bilden. Mit wehender Flagge unternahm das Schiff, unter persönlicher Führung des Küstenkommandanten, eine Rundfahrt in der Bucht. Und während bei Champagner und Süßigkeit die Glückwünsche an die Schiffseigentümer toastiert wurden, machte die junge Flagge die erste Bekanntschaft mit dem Seewind, den blauen Wellen und der herrlichen Sonne des Südens und wurde vom zufällig im Hafen anwesenden Lloyddampfer „Gastein" begrüßt. Unter dem Beifall der am Ufer versammelten Menge kehrte der „Pionier" wieder in den Hafen zurück, während am Horizont die blutroten Vorhänge der Abenddämmerung die in die dunkelblauen Fluten hinabsinkende Sonne immer mehr verhüllten."

Gemeinden- u. Vereins-Echo

„Ohel Jakob" (Israel. Religionsgemeinschaft München. Im Hinblick auf die bevorstehende Neuregelung der staatskirchenrechtlichen Verhältnisse in Bayern haben die Mitglieder in der letzten Generalversammlung vom 28. Februar einstimmig die beiden folgenden Resolutionen gefaßt, die weitere Kreise interessieren dürften:

1.

Mit der gesetzlichen Neuregelung der staatskirchenrechtlichen Verhältnisse in Bayern erlischt auch die Wirksamkeit des im Jahre 1907 zwischen der Kultusgemeinde München und unserem Verein geschlossenen Abkommens. Mit Rücksicht darauf ersucht die Mitgliederversammlung die Vorstandschaft, bei der Verwaltung der Kultus-Gemeinde die baldige Aufnahme von Verhandlungen zur Neuregelung dieses Verhältnisses anzuregen. Leitender Gesichtspunkt bei diesen Verhandlungen soll sein, daß unter Aufrechterhaltung der Organisation der Gesamtgemeinde für unseren Verein und seine Organe die uneingeschränkte Bewe-

gungsfreiheit auf allen Gebieten des religiösen Lebens angestrebt wird, und daß die rabbinische Autorität des Vereins Ohel Jakob in ihren Rechten dem Gemeinderabbiner gleichgestellt wird.

2.

Die Mitgliederversammlung ersucht die Vorstandschaft in Anlehnung an die zwischen dem Verein „Adaß-Jsroel" in Nürnberg und der dortigen Kultusgemeinde geführten Verhandlungen die Errichtung einer jüdischen Volksschule in München auf das eindringlichste zu betreiben.

Jüdischer Turnverein Bar-Kochba, München. Es ist uns gelungen, für unsere Damen- und Zöglingsabteilungen einen Turnlehrer einzustellen und fordern wir unsere aktiven Mitglieder auf, regelmäßig und pünktlich auf dem Turnboden zu erscheinen. Zöglingsabteilung: Mädchen von 5 bis 12 Jahren, Mittwoch 5—6.30 Uhr Klenzeschule. Mädchenabteilung: Mädchen von 12—16 Jahren, Montag 6—7.30 Uhr Turnerbund. Damenabteilung: Montag 7.30—9.30 Turnerbund.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß" München. Sonntag, den 14. März. 1. Zug: 8.30 Uhr Endst. d. L. 6, ins Mühltal. 2. Zug: 8.30 Uhr Endstat. d. L. 26. Thalkirchen, 3 M. 3. Zug: Treffpunkt bekannt. 5. Zug: 8.30 Uhr Endst. d. L. 1. 1. Gruppe: 8.45 Uhr Ostfriedhof (Billet n. Grünwald) 1.—. 2. u. 3. Gruppe 8.30 Uhr, Waldfriedhof, 1.— Mk. 4. Gruppe 2 Uhr Bogenhauser Brücke (z. Spiel.). Bibliothek: Mittwoch 5.30—6.30 Uhr, Bayerstr. 67/69.

Spendenausweis

Münchener Spendenausweis.

Spenden bitten wir zu richten an Elisabeth Mahler, Postscheckkonto 10121. Eventuell können die Beiträge auch auf der Redaktion des Jüd. Echo einbezahlt werden, jedoch nur in der Zeit von 2—6 Uhr. Daselbst und bei Elisabeth Mahler, Baaderstraße 53/I, sind auch neue Nationalfondbüchsen, Telegramme und Nationalfondsmarken zu haben.

Nationalfonds. Gesamtausschuß der Ostjuden sagt z. Verlobung Kreschower-Blau herzl. Massel tof 3.—; N. Scheinmann u. S. Pomeranz grat. herzl. z. Verlobg. Botie-Pariser und Singer-Horn 5.—; Fam. Z. Spielmann grat. z. Verlobung Botie-Pariser 5.— u. z. Vermählung Tennenbaum-Erteschik (unlieb verspätet) 3.—; Norbert Jolles u. Fr. grat. z. Hochz. Stiefelzieher-Wainschel und Tennenbaum-Erteschik u. z. Verlobg. Rosl Scheer-Jacob Wilschinsky 5.—; M. Schuster dankt best. allen Freunden u. Bek. f. erw. Aufmerksamkeit anl. d. Barmizwah ihres Sohnes Karl 10.—; Fam. M. Berger sagt z. Vermählg. Stiefelzieher-Wainschel nachtr. herzl. Massel tof 5.—; Benjamin Altmann 50.—.

Gold. Buch Siegfried Weill s. A., Mühlhausen. Kurt Bensinger dankt Frl. Herrmann 3.—.

Gold. Buch Raphael Hirsch Grünbaum. Paul und Fanny Grünbaum grat. herzl. z. Vermählg. Friedmann-Mendle 3.—.

Gold. Buch Fleischer-Mahler. Fam. Samuel Mahler grat. z. Brithmilah Altmann 3.—; Fam. M. Fleischer grat. z. Vermählg. Stiefelzieher-Wainschel 5.—.

Isak Pariser-Selma Botie-Garten. Familie A. Kohn grat. herzl. z. Verlobung Botie-Pariser 1 B. 10.—.

Arnold u. Laura Kohn-Garten. Laura Kohn nachtr. z. Geburtstag v. ihren Geschwistern gespendet 1 B. 10.—.

Georg Orljansky s. A.-Garten. Fam. O. Orljansky, Nürnberg, z. Verlobg. Scheer-Wilschinsky 1 B. 10.—.

Moritz Krochmal-Rosa Blum-Garten. Rosa Blum grat. Fam. Wilschinsky z. silb. Hochzeit u. Rosa Scheer z. Verlobung 1 B. 10.—.

Tarnowitzer Ölbaumgarten. F.F. auf d. Namen Erich Frischler s. A. 1 B. 10.—.

Münchener Spendenbuch. Michl und Dora Mahler sagen allen Freunden u. Bek. herzl. Dank f. d. ihnen anl. ihrer Vermählung in so reich. Maße zugeg. Aufmerksamkeiten 50.—.

Land-Fonds. Amtsrichter Dr. Schäler erste Rate 70.—.

Eingelöste Friedensschecks. S. u. G. Schmidt 500.—; Dr. Julius Adler 300.—.

Berichtigung. Bei Verlobg. Ziegler-Metzger wurden nicht 50.— f. Bäume sondern 80.— f. d. Palästina-Aufbau-Fonds gesammelt.

Gesamtausschuß d. Ostjuden. Mandel 25.—; Diamand 25.—; David Horn dankt Familie Singer, Kempten, f. freundl. Bewirtung 20.—; Noe Horn desgl. 20.—; Aron Horn desgl. 20.—; M. Lehr 10.—; Kesselmann 10.—; S. Orljansky 25.—; O. Laufer 5.—; M. Schneuer 10.—; J. Kluger 20.—; Reifer 10.—; A. Kohn 10.—; J. Lewin 25.—; Schlesinger 5.—; durch Herrn Blau ges. b. Verlobung Kreschower-Blau 150.—; Feibusch Singer, Kempten, spend. anl. d. Brithmilah s. Sohn. 100.—; Brithmilah Mandel 100.—; Brithmilah Altmann 100.—; Hochzeit Tennenbaum-Erteschik 1000.—; Stoff

50.—; gesam. b. Geburtstagsfeier v. Frl. Netty Riemer durch Else Tenzer 34.—.

Frauenverein. Oskar Blau anl. s. Verlob. mit Esther Kreschower 100.—.

Talmud-Thora. Brithmilah Altmann 100.—; Fam. Kornhauser grat. herzl. z. Verlobung Botie-Pariser 5.—; Fam. Max Felsen desgl. 5.—; Fam. M. Schuster anl. d. Barmizwah i. Sohnes Karl 20.—.

Stuttgarter Spendenausweis.

Oskar Weinschel-Garten: Dch. Oskar Weinschel b. d. Tischges. b. Fabr. Ferd. Richheimer a. d. N. Oskar Weinschel: Fr. Bankdir. Wechsler 2 B.; Bankdir. Wechsler 4 B.; Fabr. Hugo Strauß, Cannstatt, 6 B.; Fabr. Siegfr. Richheimer, Fabr. Ferd. Richheimer, Frau Kling je 2 B.; Oskar Weinschel a. gl. Anl. a. d. N. Fr. Kling u. Ferd. Richheimer 2 B.; ges. b. d. Barmizwahfeier David Gottlieb a. d. N. 2 B. = 22 B. 220.—; anläßl. Hochz. Friedrich-Katz grat. u. spend. A. Berant u. Frau 25.—; S. Friedrich u. Frau 25.—; M. Schlüsselberg u. Fr. 25.—; M. Katz, Eßlingen 50.—; H. Katz, Eßlingen 20.—; Brautpaar 20.—; G. Haspel u. Fr. 20.—; Wintergrün u. Braut 20.—; H. Winogrod u. Fr. 20.—; Osk. Weinschel u. Fr. 20.—; M. Berant u. Fr. 10.—; Jos. Berant 10.—; Friedrich u. Fr., München 10.—; Osk. Freundl 10.—; J. Gottlieb u. Fr. 10.—; L. Rubenfeld u. Fr. 10.—; S. Laub u. Fr. 10.—; Kellermann u. Fr. 10.—; D. Berant jun. 5.—; S. Januar u. Fr. 5.—; L. Mandellaub u. Fr. 5.—; S. Schönberg u. Fr. 5.—; ges. d. Schönberg 25.— = 370.— a. N. d. Brautp. 37 B. Ges. d. Dr. Kohn bei Verlobung Baum-Pick a. d. N. 15 B. = 150.—; aus selben Anlaß grat. Osk. Weinschel 1 B. 10.—; ges. d. Hochz. Friedmann-Fuchs a. d. N. 10 B. 100.—; d. Oskar Pariser b. d. Verlobg. Bauchmann-Puder und Bauchmann-Rosenrauch: Rosenrauch u. Braut 50.—; Puder u. Braut 40.—; S. Schauer u. Fr. 40.—; Osk. Weinschel 20.—; Lazar u. Fr. 20.—; S. Puder, Pforzheim 20.—; Js. Katz u. Fr. 15.—; A. Josef u. Fr. 10.—; Osk. Pariser u. Fr. 10.—; Ch. Katz u. Fr. 10.—; Ad. Rosenrauch 10.—; Dullberg 10.—; Jarosch 10.—; Mambor, Heilbronn 5.— = 270.—. a. N. d. Brautpaare zus. 27 B.

Nationalfonds: Thoraspenden: G. Haspel 25.—; Js. Katz, Eßlingen 25.—; H. Nußbaum 15.—; Js. Pomeranz grat. z. Verm. Stiefelzieher-Weinschel 5.—; Jer. Horn grat. z. Brith Miloh Fam. Puder, Pforzheim 3.—; Fam. Puder, Pforzheim grat. z. Verl. Singer-Horn, Botie-Pariser, z. Verm. Friedrich-Katz 10.—; Js. Pariser u. Braut grat. z. Verl. Puder-Rosenrauch, z. Verm. Friedrich-Katz, z. Brith-Miloh Puder, Pforzheim 10.—; M. Pariser u. Frau grat. z. Verl. Puder-Bauchmann, Pariser-Botie, z. Vermähl. Fried-Katz und Moder-Tanne, Metz 10.—; ges. dch. Salzberg b. Brit-Miloh Awerbuch, Darmstadt 100.—; Thoraspenden: Max Minikes, München 50.—; N. Goldstein 18.—; A. Nußbaum, M. Teuchsler, Dawid Gottlieb je 5.—.

Selbstbesterung: M. Pariser, Rest 50.—.

Geschäfts-Echo

Börsenbericht der letzten Woche.

Auch in der abgelaufenen Woche machte sich ein starker Kaufandrang auf fast allen Gebieten der Börse geltend, der abermals zu starken Kurssteigerungen führte, weil er aus Materialmangel nicht sofortige Befriedigung finden konnte. Erst im zweiten Teil der Woche ließ das stürmische Tempo der Aufwärtsbewegung etwas nach und auf einzelnen Gebieten kam es zu Rückschlägen, die aber durchaus nicht so tiefgehend waren, daß man bereits von einem Tendenzumschwung sprechen könnte. Die schlechte Verfassung unserer Währung bildete wieder das treibende Moment für verschiedene Valutapapiere, wie Deutsch.-Übersee Elektr., Deutsche Petroleum, Schantung, Deutsch-Asiatische Bank u. a. Auch Kolonialwerte waren teilweise stark haussierend, namentlich Otavi, bei denen man von Ankaufsabsichten des Auslandes sprach, ferner Pomona (auf die Dividende von 80 sh.), Südsee-Phosphat, South West und Neu-Guinea. Der Montanmarkt ließ keine einheitliche, im Grunde aber festere Tendenz erkennen. Kurserhöhungen traten in einzelnen Schiffahrtswerten ein, namentlich in Argo und Kosmos. Chemische Aktien lagen ruhig, dagegen zeichneten sich einzelne Elektro-Werte durch regeren Verkehr aus, besonders A. E. G. und Elektr. Licht- und Kraft-Anlagen. Am Kassen-Industriemarkt traten wieder größere Kurssteigerungen ein.

Mitgeteilt vom Bankgeschäft Leo Otto Hampp, München, Kaufingerstraße 11/I.

ESTHER KRESCHOWER
OSKAR BLAU
Verlobte
MÜNCHEN Adar 5680 WIESBADEN

Bayerische Handelsbank, München.

Am 16. Februar 1920 fand die

47. Pfandbriefverlosung (4%ige Stücke) sowie die 3. Verlosung von 4%igen Kommunalschuldverschreibungen statt.

Verlosungs- und Rückständelisten sind bei unseren Zahlstellen **unentgeltlich** zu haben und werden außerdem an alle in Betracht kommenden Behörden des Staates und der Gemeinden, an Sparkassen, Stiftungsverwaltungen und Notariate portofrei versandt.

Die zinsscheinmäßige Verzinsung der heuer gezogenen Pfandbriefe endet mit dem **1. Juli l. Js.**, diejenige der Kommunalschuldverschreibungen mit dem **15. April l. Js.**

Bei verspäteten Erhebungen werden auf die diesmal und früher verlosten Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen von dem Tage an, mit welchem die zinsscheinmäßige Verzinsung abgelaufen ist, bis auf weiteres 1% Hinterlegungszinsen vergütet.

Die heuer und früher verlosten Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen werden, unter Vergütung der entsprechenden Stück- und Hinterlegungszinsen, gegen Rückgabe der Mäntel, der nicht verfallenen Zinsscheine und der Erneuerungsscheine zum **Nennwert** kosten- und spesenfrei eingelöst: bei unseren Kassen in **München** und bei unseren sämtlichen auswärtigen Zweigniederlassungen, in **Nürnberg** bei Herrn **Anton Kohn,** ferner bei der **Bayerischen Staatsbank** in **Nürnberg** und deren sämtlichen Niederlassungen, alsdann bei der **Deutschen Bank** in **Berlin** und deren deutschen Filialen, sowie bei der **Bank für Handel und Industrie, Berlin** und deren Filiale in **Frankfurt a. M.,** bei der **Direktion der Discontogesellschaft in Frankfurt a. M.** und bei Herrn **J. H. Stein** in **Köln.**

Die Direktion.

Verantwortlich für die Redaktion: Karl Glaser, Nürnberg; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.